

Gemeinderat von Zürich

06. 07. 2011

Postulat

von Bernhard Piller (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich als Aktionärin der Kernkraftwerk Gösgen AG darauf hinwirken kann, dass die Geschäftsbeziehungen mit der russischen Firma Rosatom, als Mutterfirma der Majak Betreiber zum schnellstmöglichen Zeitpunkt abzubrechen sind.

Begründung

In der stadträtlichen Antwort zur schriftlichen Anfrage 2011/59 heisst es auf Seite 3 zu Frage 2: „nach dem heutigen Stand der Kenntnisse ist der Bezug von Brennstoffmaterial aus Majak für den Stadtrat akzeptabel ... und dass damit die Sanierung der Umwelt und die Verbesserung des Betriebs in Majak aktiv unterstützt wird“. Diese Antwort stellt mit Verlaub eine Ungeheuerlichkeit dar. Die Gegend um Majak ist hoch verstrahlt, dies haben Messungen von Greenpeace im November 2010 einmal mehr gezeigt. Die Messungen zeigten sogar, dass in den vergangenen zwei Jahren der Gehalt an Strontium, Cäsium und Tritium im Fluss Tetcha deutlich zugenommen hat. Ausserdem lässt es nichts Gutes ahnen, wenn nicht mal der atomfreundlichen Axpo der Zutritt zum Werk Majak gewährt wird. Vgl. Medienmitteilung der AXPO vom 19. Juni 2011.

Auch wenn die Stadt Zürich nur mit 15% an der KKG beteiligt ist, hält sie doch immerhin drei Verwaltungsratssitze. Nimmt der Stadtrat seine Verantwortung für eine nachhaltige, vom Stimmvolk beschlossene 2000-Watt-Gesellschaft inkl. Atomausstieg ernst, ist er dazu verpflichtet, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um mittels seiner drei Verwaltungsratssitze auf den sofortigen Abbruch der Geschäftsbeziehungen zu Rosatom, sowie die sofortige Kündigung der Verträge, die die KKW Gösgen AG über den französischen Atomkonzern AREVA mit den Majak-Betreibern binden, hinzuwirken.

Antrag auf Dringlichkeit

